

Daseinsvorsorge ermöglicht gleichwertige Lebensverhältnisse

› LÄNDLICHER RAUM

- › Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD rückt die Herausforderungen für die **Daseinsvorsorge als Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse** im ländlichen Raum in den Fokus.
- › **Kommunale Unternehmen schaffen mit ihren Infrastrukturen die Basis** für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands und damit für den **gesellschaftlichen Zusammenhalt**.
- › **Infrastrukturen garantieren Lebensqualität**: Förderprogramme und -instrumente müssen die Leistungen der Daseinsvorsorge in den Fokus rücken und unterstützen.

KOMMUNALE UNTERNEHMEN SICHERN WIRTSCHAFTSKRAFT, ZUSAMMENHALT UND LEBENSQUALITÄT

Gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land sind wesentlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Bundesregierung setzt zu Recht einen Schwerpunkt auf die Bedeutung von Leistungen der **Daseinsvorsorge für gleichwertige Lebensverhältnisse**. Denn überall in Deutschland wollen Bürger und Wirtschaft einen guten Zugang zu schnellem Internet und zu einer sicheren Energie- und Wasserversorgung, sowie Abfall- und Abwasserentsorgung haben. Genauso wollen sie vom Aufbau neuer, moderner Infrastrukturen profitieren. Die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge einschließlich interkommunaler Kooperationen wird deshalb richtigerweise in den Mittelpunkt gerückt. Wir begrüßen, dass dies auch die Entwicklung entsprechender **Förderprogramme und –instrumente** umfasst.

Die deutsche Kommunalwirtschaft hat eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung für unser Land: Sie sichert direkt und **indirekt Arbeitsplätze für insgesamt 734.000 Menschen**,¹ sorgt jährlich für **16,7 Milliarden Euro Einkommen** und generiert **23,7 Milliarden Euro an Steuern**. Sie ist überall vor Ort, von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen, von Görlitz bis Kleve, in den Metropolen und im ländlichen Raum. Kommunale Unternehmen kennen die Herausforderungen ihrer Region und entwickeln passgenaue Lösungen. Damit sind sie ein regionaler, verlässlicher und nachhaltiger Partner für Gesellschaft und Wirtschaft.

Der **Koalitionsvertrag steckt einen ambitionierten Rahmen für den ländlichen Raum** und stellt für diese Legislaturperiode wesentliche Weichen für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Eine Kommission soll bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge erarbeiten, wie dies auch zukünftig gelingen kann. Eine **wesentliche Voraussetzung** für gleichwertige Lebensverhältnisse **sind leistungsfähige und bezahlbare Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen**.



Bildquelle: Christian_Schwier_stock_adobe_com_180745791

¹ Multiplikatoren aus VKU-Studie „Kommunale Wertschöpfung“ des Kompetenzzentrums Daseinsvorsorge der Universität Leipzig, 2015.

Aus Sicht der Kommunalwirtschaft muss die **Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“** deshalb diese **vier Themen** vorrangig angehen:

1. Lokal passende Lösungen ermöglichen – durch flexible Förderprogramme und Synergieeffekte

Der Koalitionsvertrag hält fest, dass ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen, Städte, Gemeinden und Kreise aufgelegt werden soll, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu fördern. Dazu sollen die Gemeinschaftsaufgaben gerade mit Blick auf die Herausforderungen von Demografie und Daseinsvorsorge ergänzt und gestärkt werden. Aus Sicht der kommunalen Unternehmen muss dafür leitgebend sein, dass der neu gestaltete Förderrahmen flexible Maßnahmen ermöglicht, die passgenau an den Herausforderungen vor Ort ansetzen und damit eine effiziente Förderung von Daseinsvorsorgeleistungen gewährleisten können. Denn Deutschlands Regionen sind von großer Vielfalt geprägt. Sie haben unterschiedliche Stärken und stehen vor verschiedenen Herausforderungen. Passgenaue Lösungen erfordern deshalb Handlungs- und Gestaltungsspielraum vor Ort. Ein zentraler Schlüssel für die Bewältigung der Herausforderungen vor Ort ist auch die interkommunale Zusammenarbeit. Sie kann wesentlich dazu beitragen, dauerhaft Lebensqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern. Die Bundesregierung muss sich deshalb auch in Europa dafür stark machen, dass die guten Rahmenbedingungen für die interkommunale Zusammenarbeit, die in der letzten Legislaturperiode bspw. im Vergabe- und Steuerrecht erreicht wurden, nicht durch eine vermeintliche Binnenmarkt-Logik wieder aufgehoben werden.

2. Standortattraktivität durch Glasfaser sichern

Die Zukunft ist digital – in der Wirtschaft und Industrie, in der Mobilität, in der Verwaltung, im Bildungs- oder Gesundheitswesen und nicht zuletzt im Privatleben. Deshalb gehört zu gleichwertigen Lebensverhältnissen der Zugang zu hochleistungsfähiger digitaler Infrastruktur. Es ist gut, dass die Bundesregierung den Weg in die Gigabit-Gesellschaft mit höchster Priorität gestalten will. Der Netzinfrastrukturwechsel zur Glasfaser ist hierfür elementar, denn Glasfaser erfüllt die ständig wachsenden Anforderungen an die Geschwindigkeit und die Qualität der Datenübertragung am besten. Glasfaser ist auch die Voraussetzung für ein leistungsfähiges 5G-Netz, denn die Antennenstandorte müssen mit Glasfaser angebunden werden. Gesetzgebung, Regulierung und Förderung müssen aufeinander abgestimmt auf das Infrastrukturziel Glasfaser hinwirken. Kommunale Unternehmen verlegen Glasfaser auch im ländlichen Raum, wo es z. B. für andere Unternehmen aufgrund der dort üblichen Renditeerwartungen unattraktiv ist. Denn schnelles und bestes Internet ist moderne Daseinsvorsorge.

3. Smarte Regionen konkret fördern

Die Digitalisierung wird dabei helfen, den ländlichen Raum als Arbeits- und Wirtschaftsstandort zu stärken, den Bevölkerungsschwund in schrumpfenden ländlichen Regionen zu beenden, und die Eigenständigkeit der Menschen bis ins hohe Alter zu erhalten. Entsprechende Ansätze müssen mit konkreten Programmen gefördert werden. Schon heute sind kommunale Unternehmen oft der Problemlöser vor Ort. Das gilt auch im digitalen Zeitalter. Deshalb müssen auch kommunale Unternehmen von neuen Förderprogrammen profitieren können, damit sie die Infrastrukturen für smarte Städte und Regionen ausbauen können. Kommunale Unternehmen stellen sich mit innovativen Ansätzen aktiv den Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung und erproben Innovationen in der Praxis (siehe <https://kommunaldigital.de/>). Digitale Praxisbeispiele aus der gesamten Breite der Kommunalwirtschaft finden Sie auf unserer interaktiven Deutschlandkarte www.vku.de/Digitalisierung.

4. Zukunftsfeste Rahmenbedingungen für Infrastrukturen der Daseinsvorsorge schaffen

Zentrale Infrastrukturen müssen zukunftsgerichtet weiterentwickelt werden und bezahlbar bleiben, gerade in schrumpfenden Regionen. Dazu gehört, das komplexe, inkonsistente System aus Steuern, Abgaben und Umlagen zu reformieren, auch mit Blick auf die ungleich verteilten Kosten für die Energiewende zwischen den Regionen. Die lokalen und regionalen Verteilnetze übernehmen eine Schlüsselrolle für das Gelingen der Energiewende und die sichere Versorgung mit Energie. Aufgabe, Verantwortung und Entscheidungshoheit müssen dazu in einer Hand bleiben und zukunftsgerichtete Investitionen in den Umbau der Netze gefördert werden. In der Wasserver- und Abwasserentsorgung bedarf es zukünftig angepasster Förderinstrumente, damit diese zentralen Leistungen der Daseinsvorsorge auch in schrumpfenden Regionen bezahlbar bleiben.